

Endlich Rüstungs- exporte stoppen!

Die deutschen Waffenschmied jubeln: zum Beispiel Krauss Maffei Wegmann, Heckler & Koch und Rheinmetall. Sie verkaufen ihre todbringenden Produkte besser als je zuvor. Unter der Regierung von Kanzlerin Merkel (CDU) und ihren (ehemaligen) Außen- und Wirtschaftsministern Gabriel und Steinmeier (SPD) sind die deutschen Rüstungsexporte in ungeahnte Höhen gestiegen. Nur zwei Beispiele: Fast täglich erreichen uns schreckliche Bilder

Helmut Welk



aus dem Jemen – einem der ärmsten Länder der Welt. Aus Sicht der Vereinten Nationen trägt Saudi Arabien als Kriegspartei einen großen Teil der Verantwortung für die dortige katastrophale humanitäre Situation. Saudi Arabien ist einer der Großabnehmer deutscher Rüstungsproduktion. Und die türkischen Soldaten, die Kurdenregionen in Syrien völkerrechtswidrig überfallen, sitzen u. a. in deutschen Leopard Panzern. Sowohl nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz wie auch nach dem Außenwirtschaftsgesetz dürften viele Waffen gar nicht geliefert werden. Aber was schert der Regierung die Gesetzeslage, wenn es doch um die Gewinne der Konzerne geht. Dann werden eben „Ausnahmegenehmigungen“ erteilt. Und mit Lobbyverbänden wie der „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ oder dem „Förderkreis deutsches Heer“ hat die Rüstungsindustrie direkte Verbindungen in die Parteien und die Regierung. So ist z. B. der SPD-Generalsekretär Lars Klingensberg jahrelang aktives Mitglied dieser Verbände und hat sich ständig für die Erhöhung des Wehretats eingesetzt. Mit dieser Politik muss endlich Schluss sein! Das haben auch in diesem Jahr zehntausende Bürger bei den Osterfriedensmärschen gefordert.

Kommunalwahl 6. Mai 2018:

Jede Stimme für die BALL zählt

Bei der Kommunalwahl am 6. Mai gibt es in Barmstedt deutliche Änderungen gegenüber der Wahl im Jahre 2013. 2013 gab es in Barmstedt fünf Wahlbezirke, und in jedem Bezirk wurden zwei Direktkandidaten gewählt. Bei der Kommunalwahl hatte also jede Wählerin und jeder Wähler zwei Stimmen, und dies Verfahren kam sicherlich den Menschen entgegen, die mit Goethes Faust sagen: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust, ...“

Bei dieser Wahl gibt es in Barmstedt zwölf Wahlbezirke, und in jedem Wahlbezirk wird **eine** Kandidatin / **ein** Kandidat direkt gewählt; Sie haben also nur **eine** Stimme und dürfen auf dem Wahlzettel nur **ein** Kreuz machen, wenn er gültig sein soll. Wie vor fünf Jahren zählt allerdings auch diesmal jede Stimme doppelt: Wer in einem Wahlkreis die meisten Stimmen bekommt, wird direkt in das Stadtparla-



Die Spitzenkandidaten der BALL

Henrik Pünner, Klaus Kuberzig, Helmut Welk und Dr. Günter Thiel (von links)

ment gewählt – so werden zwölf Sitze besetzt.

Allerdings fallen die Stimmen für die nicht gewählten Kandidat(inn)en nicht unter den Tisch, sondern entsprechend dem prozentualen Anteil dieser Stimmen werden weitere elf

Kandidat(inn)en in die Stadtvertretung einziehen. Jede Partei hat dafür eine Liste aufgestellt. Bei der Kommunalwahl 2013 erreichte die BALL in Barmstedt 16,69 % der Stimmen und ist seitdem mit drei Stadtvertretern im Rathaus vertreten: Dr. Günter

Thiel, Mareyke Herrmann und Helmut Welk.

Wenn Sie dafür sind, dass die BALL weiterhin im Stadtparlament vertreten ist, dann wählen Sie am 6. Mai die Direktkandidatin / den Direktkandidaten der BALL in ihrem Wahlbezirk. Da-

mit unterstützen Sie die Spitzenkandidaten der BALL: Dr. Günter Thiel, Helmut Welk, Henrik Pünner und Klaus Kuberzig.

Mareyke Herrmann, die insbesondere im Sozialausschuss engagierte Arbeit geleistet hat, tritt bei dieser Wahl nach vielen Jahren aktiver Kommunalpolitik (leider) nicht mehr an; wir bedanken uns herzlich für ihre Arbeit.

Die BALL hat die Grundsätze ihrer politischen Arbeit in einem Wahlprogramm dargelegt; dieses Wahlprogramm ist in Barmstedt an alle Haushalte verteilt worden. Sie können sich darauf verlassen, dass BALL-Stadtvertreter sich – wie bisher – an diesem Programm messen lassen. Wir werden die Bevölkerung weiterhin regelmäßig über unsere kommunalpolitische Arbeit informieren und die Menschen unterstützen, die sich z. B. in Initiativen für ihre sozialen und demokratischen Rechte und Interessen einsetzen.

Wenn Sie eine solche Politik unterstützen wollen, dann wählen Sie am 6. Mai die Kandidatin oder den Kandidaten der BALL.

Aufhebung der Straßenausbaubeiträge:

Beim Wort genommen

Die Bürger dürfen nicht über Gebühr belastet werden“, sagte Daniel Günther in der Gaststätte „Zur Erholung“ bei einer Landtags-Wahlkampfveranstaltung seiner Partei. Die Straßenausbaubeiträge seien unfair und würden Bürger finanziell ruinieren. Nicht selten seien Beträge zwischen 10.000 und 80.000 Euro von Anwohnern zu begleichen, wenn Straßen saniert werden müssen. „Dafür zahlen Bürger eigentlich Steuern“, so Günther.

So stand es am 15. April 2017 im Pinneberger Teil des Hamburger Abendblatts. Die Uetersener Nachrichten zitieren Günther am 18. April 2017 so: „Wir werden die Kommunen so unterstützen, dass sie sich das Geld nicht von

Henrik Pünner



den Bürgern holen müssen und sich Straßenbau wieder leisten können“. Inzwischen ist Daniel Günther (CDU) Ministerpräsident



in Schleswig-Holstein und führt eine Koalition aus CDU, Grünen und FDP. Am 11. Oktober 2017 hat Daniel Günther in einer Regierungserklärung u. a. gesagt: „Wir machen den Weg frei, damit Kommunen auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichten können.“ An anderer Stelle der Regierungserklärung sagt der Ministerpräsident: „... gute Politik beseitigt Ungerechtigkeiten.“ In beiden Punkten

hat Daniel Günther die volle Zustimmung der BALL.

Am 26. Januar 2018 trat nun das Gesetz zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge in Kraft. Der Ministerpräsident ist ein erfahrener Politiker. Er weiß, dass hochverschuldete Kommunen nicht mit weiteren Ausgaben belastet werden können. Wenn also mit dem neuen Gesetz den Bürgerinnen und Bürgern kein Sand

in die Augen gestreut werden soll, dann müssen zumindest die finanzschwachen Städte und Gemeinden vom Land unterstützt werden. Eine entsprechende Diskussion ist breit entfacht und die Landesregierung nun in der Pflicht. 80 bis 100 Millionen Euro wolle er [D. Günther] in der nächsten Wahlperiode dafür zur Verfügung stellen. (Uetersener Nachrichten vom 18.04.2018) Leider scheinen seine eigenen Parteifreunde vor Ort nur wenig Vertrauen in die Initiative ihres Ministerpräsidenten zu haben. Die BALL hat für Barmstedt einen entsprechenden Antrag gestellt. (vgl. BALL-Zeitung 2/2018)

Wenn wir die Reaktion der Barmstedter CDU als „skeptisch“ beschreiben, dann ist dies sehr vorsichtig ausgedrückt. Hier überwiegt zur Zeit noch Ungläubigkeit, dass zumindest die Landes-CDU auf einmal eine soziale Ader entdeckt haben sollte.

Wir hoffen, dass die CDU-Kommunalpolitiker in Barmstedt – und natürlich auch die anderen Fraktionen – die sozialen Ansätze des Ministerpräsidenten unterstützen und für die Aufhebung der Straßenausbaubeiträge stimmen. Da Barmstedt zu den hoch verschuldeten Städten gehört, ist von der Landes-

regierung ein entsprechender Finanzausgleich zu fordern. Für eine Landesregierung, die mehrere Milliarden Euro für HSH-Nordbank-Schulden verpulvert, sind die Straßenausbaubaukosten im Land doch nur Peanuts.

Hier der Antrag der BALL-Fraktion für die Stadtvertretung am Dienstag, den 24.04.2018.

Antrag: Abschaffung der Anliegerbeiträge beim Straßenausbau

1) Es werden keine Straßenausbaubeiträge für die Massnahmen erhoben, die nach dem Inkrafttreten (26.1.2018) des vom Landtag beschlossenen Gesetzes („Gesetz zur Aufhebung der Erhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge“; 14.12.2017; Drs. 19/150) abgeschlossen wurden.

2) Die zur Zeit gültige Straßenausbaubeitragsatzung wird aufgehoben.

3) Die Stadtvertretung fordert von der Landesregierung, dass die Kommunen einen vollen Ausgleich für die wegfallenden Anliegerbeiträge erhalten.

Das wird teuer – für uns Steuerzahler

Nach langem Hin und Her ist es jetzt geschafft: Die ländereigene HSH-Nordbank wird an ein Konsortium von Finanzinvestoren verkauft. Aber damit ist diese unsägliche Geschichte noch lange nicht abgehakt. Im Gegenteil: Zwar beträgt der Verkaufserlös vorerst eine Milliarde Euro. Das ist mehr als erwartet. Es ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Schuldenberg der beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein enorm steigen wird. Noch unsere Kinder und Enkelkinder werden dieses schmerzlich zu spüren bekommen. Verantwortlich dafür sind die



beiden Landesregierungen – allen voran deren ehemalige Chefs Ole von Beust (CDU), sein Finanzsenator Wolfgang

Peiner (CDU) und die ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD). Sie wollten mit der Bank großmannsüchtig hohe

Gewinne für die Landeshaushalte einfahren und haben sich mit spekulativen Bankgeschäften verhoven. Und ihre Nachfolger Peter Harry Carstensen (CDU), Torsten Albig (SPD) und Olaf Scholz (SPD) haben es versäumt, die Reißleine zu ziehen. Hinzu kommen dann noch die undurchsichtigen Machenschaften der Bankvorstände.

Im schleswig-holsteinischen Landeshaushalt kommt jetzt die erste Schuldenwelle an. Drei Milliarden (3.000.000.000,-) Euro müssen aus einer 2009 gegebenen Garantie gezahlt werden. Dieses Geld muss sich die Landesregierung von Banken leihen

und die Zinszahlungen werden die laufenden Haushalte belasten. Im kommenden Haushalt sollen dafür 45 Millionen, nur an Zinsen, eingeplant werden. Aber irgendwann wird auch das geliehene Geld zurück gezahlt werden müssen!

Und diese Summe ist nur ein Teil des Desasters. Der Gesamtbetrag wird irgendwo zwischen 5 und 7 Milliarden liegen – sowohl für Schleswig-Holstein wie auch für Hamburg; also gesamt zwischen 10 und 14 Milliarden. 7 Milliarden für Schleswig-Holstein: das bedeutet für Barmstedt rund 25,5 Millionen. Geld, das für den Bau von Wohnungen, Kitas, Schulen usw. fehlen wird. Jede/r Barmstedter Bürger/in hat also ungefähr 2.500,- Euro zu tragen.

Unverständlich ist, wie der bisherige hamburgische Finanzsenator Tschentscher (jetzt 1. Bürgermeister) in dieser Situation behaupten kann: „niemand muss Angst haben“. (Hamburger Abendblatt v. 2.3.2018) Will er sich denn an einen Fotokopierer stellen und seine Rechnungen mit Falschgeld bezahlen?

Tatsächlich werden jetzt wir Steuerzahler zur Kasse gebeten; die verantwortlichen Politiker haben keine negativen Konsequenzen zu fürchten. Konsequenzen gibt es allerdings für die rund 2000 Beschäftigten der Bank; sie müssen wegen des Monopoly-Spiels ihrer Vorstände – abgesegnet von den Landesregierungen – um ihre Arbeitsplätze fürchten..

Gutachter für Lärmmessung

Am 12. März 2018 fand die letzte Umweltausschusssitzung der Legislaturperiode statt. Auf der Tagesordnung stand die „schalltechnische Stellungnahme zu den vorhandenen Schallgutachten bezüglich der Meierei Barmstedt“. Eingeladen war dazu der Schallschutzgutachter Dipl.-Ing. Volker Ziegler. Herr Ziegler bekam Ende 2016 von dem Umweltausschuss den Auftrag, die schalltechnischen Gutachten, die im Zusammenhang mit dem Bau und Betrieb der Meierei erstellt wurden, zu sichten und auf eventuelle „Schwachstellen“ hinzuweisen.

In den Ausführungen von Herr Ziegler wurde deutlich, dass die wesentlichen Schallermittlungen in den vorhandenen Gutachten auf rechnerischen Simulationsmodellen beruhen. Dies besagt aber auch, dass der Anlagen-/Betriebslärm, inkl. der LKW-Fahrgeräusche, unterschiedlich bewertet werden können. Er kommt auch, nach einer (nur) theoretischen Berechnung der

einzelnen Schallquellorte, zu einem anderen Ergebnis als diejenigen, die in dem Genehmigungsverfahren des Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume errechnet wurden. Vor allem bei der Beurteilung der täglich über 400 LKW-Fahrbewegungen auf dem Betriebsgrundstück, verbunden mit dem Rangieren, Motorleerläufen, Türenschielen, Bremsenentlüftungen und Motorstarts in den Abfertigungsschlangen bei der Be- und Endladung, geht die Beurteilungsschere weiter

auseinander. Auch den Abfertigungsbetrieb auf der LKW-Waage, direkt vor der Wohnbebauung an der Mühlenstraße, wurde von Herrn Ziegler anders bewertet und berechnet. „Um den tatsächlichen Lärm abschließend nachweisen und beurteilen zu können“, so Herr Ziegler, „müsste eine zertifizierte Ganztagsmessung vorgenommen werden.“

Weitere Themen in der anschließenden Diskussion waren die tieffrequenten „Brummgeräusch“ und die Belastungen durch Dieselabgase in der Mühlenstraße. Betroffene Anlieger der Mühlenstraße und des Fehnkamps klagen schon seit Jahre über die tieffrequenten Betriebsgeräusche, die vor allem nachts unangenehm wahrgenommen werden. Auch hier schlug der Schallgutachter Lärmmessungen an verschiedenen Messpunkten vor. Die Belastungen mit Dieselabgasen, verursacht durch die täglich 500 LKW-Bewegungen in der Bürgerfragestunde von Mitgliedern der Anwohnerinitiative „Mut zur Vernunft“ angesprochen. Die Anwohner berichteten, dass das Ministerium in Kiel, auf Anfrage, Schadstoffmessungen in der Mühlenstraße, bisher abgelehnt hat.

Die abschließende Aussprache zeigte, dass die CDU- und FWB-Vertreter weiterhin ihre schützenden Hände über die Meierei halten wollen und deshalb noch immer nicht bereit sind, Schadstoff- und Lärmmessungen in Auftrag zu geben. Die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtvertretung sind bisher leider nicht auf der Seite der betroffenen Anwohner. Dies kann sich mit dem Ausgang der Kommunalwahl vielleicht ändern.



Umweltschutz ade?

SPIEGEL ONLINE verbreitete am 29. Nov. 2017 unter der Überschrift „Streit um Glyphosat-Votum: Kanzleramt erinnerte an Abmachung – Minister Schmidt ignorierte sie“ folgende Meldung: „Die Regeln sind klar: Deutschland hätte sich bei der Abstimmung in Brüssel über die Genehmigung des Unkrautgifts Glyphosat enthalten müssen – so sieht es die Geschäftsordnung der Bundesregierung vor, wenn es im Kabinett zu einer Angelegenheit keine Einigung gibt. CSU-Agrarminister Christian Schmidt widersetzte sich bekanntlich dieser Abmachung – und ignorierte dabei offenbar auch eine Warnung aus dem Kanzleramt.“ Christian Schmidt hat auf EU-Ebene dafür gesorgt, dass die Zulassung des Unkrautgifts Glyphosat um fünf Jahre verlängert wird.

Was hat das mit Barmstedt zu tun? Der Mann kommt aus Bayern und ist nicht mehr im Amt. In Barmstedt gibt es Pläne, den Umweltausschuss abzuschaffen, obwohl der Umweltschutz im Artikel 20a des Grundgesetzes als Staatsziel verankert ist. Auf seiner Zusammenkunft am Dienstag, den 10. April, hat der Hauptausschuss mit großer Mehrheit einen Antrag angenommen, der Änderungen der Zuständigkeitsordnung der Stadt Barmstedt vorsieht. In § 1 e Bau- und Umweltausschuss heißt es: **Der § 1 f „Umweltausschuss“ wird gestrichen, da der Umweltausschuss mit dem Bauausschuss zusammengelegt wird.**

Möglicherweise haben einige Mitglieder des Hauptausschusses angesichts anderer wichtiger Tagesordnungspunkte nur Änderung der Zuständigkeitsordnung gelesen und die Brisanz dieses Tagesordnungspunktes gar nicht bemerkt. Es ist doch kaum zu glauben, dass alle Vertreter von CDU, SPD und FWB den Umweltausschuss für so unbedeutend halten, dass sie seine Aufgaben dem ohnehin stark belasteten Bauausschuss übertragen wollen.

Die BALL wird diesem Antrag auf der Stadtvertretersitzung selbstverständlich ihre Zustimmung verweigern. Zum einen ist es schlechter Stil, wenige Tage vor der Kommunalwahl eine so weitreichende Entscheidung zu treffen und auf diese Weise zu verhindern, dass sich die zukünftigen Stadtvertreter(innen) engagiert für den Umweltschutz einsetzen. Viel wichtiger ist allerdings der Punkt, dass für Barmstedt als Naherholungsgebiet der Umweltschutz ein wichtiges Thema ist. In diesem Bereich gibt es in der Stadt genügend Baustellen: Die durch den Meiereibetrieb hervorgerufenen Umweltprobleme sind keineswegs vom Tisch, Barmstedt hat immer noch keine Baumschutzsatzung, auch die Stadt kann Initiativen für Artenvielfalt und Abfallvermeidung ergreifen usw. usw.

Noch sind die Würfel nicht gefallen; wir hoffen sehr, dass in Sachen Umweltschutz in Barmstedt keine Christian-Schmidt-Linie gefahren wird.

Neue KITA – Endlosschleife?

In der Bürgerfragestunde der letzten Sitzung des Sozialausschusses am 20. März 2018 hatten sich Eltern darüber beschwert, dass es mit dem Bau einer weiteren Kita

Zahl der fehlenden Plätze keineswegs überraschend ist.

Lesen Sie hier ein Zitat aus der BALL-Zeitung von Juli 2014 (!): „Auf der letzten Sozialausschusssitzung wurde zum wiederholten Male die lange Warteliste auf einen Kita- oder Krippenplatz vorgestellt. Für rund 100 Kinder kann der Rechtsanspruch ... in Barmstedt nicht realisiert werden. Die Stadtverwaltung legte daher einen Antrag vor, der die Schaffung einer weiteren Kindertagesstätte ... vorsieht“.

Gegen diesen Antrag sträubten sich damals vor allem Vertreter von CDU und FWB, und er wurde abgelehnt. Die Platz-

knappe ist also keineswegs neu! Umso ärgerlicher ist es, dass ständig neue Vorschläge auf den Tisch gelegt werden, statt endlich mit den konkreten Planungen für den Bau zu beginnen.

Die BALL tritt dafür ein, die neue Kita im Neubaugebiet an der Düsterlohe (B-Plan 72b) zu bauen. Hierüber gab es im letzten Frühjahr bereits Einigkeit im Ausschuss. Dann brachte die FWB ein Gelände an der Ecke Düsterlohe/Große Gärtnerstraße ins Gespräch, welches jetzt vom Kreisjugendring genutzt wird. Im Oktober 2017 beschloss daraufhin die Stadtvertretung, auf einem der beiden Grundstücke

die Kita zu bauen.

Gegen den Bau auf dem genannten Eckgrundstück sprachen sich im Januar über 400 Bürgerinnen und Bürger in einer Unterschriftensammlung aus. Diese Parkanlage soll auf jeden Fall erhalten werden. Nun kann man denken, dass der Bau im Neubaugebiet an der Düsterlohe die logische Konsequenz wäre. Aber im Februar/März dieses Jahres wurden plötzlich drei weitere mögliche Baugebiete ins Gespräch gebracht, nämlich am Ende der Norderstraße, im neuen Baugebiet in der Großen Gärtnerstraße und am Steinmoor. Zu letzterem hat jetzt die CDU den Antrag an die Stadtvertretung gestellt, dort die neue Kita zu bauen. Fazit: Wegen der ständigen Neuvorschläge dauert die Standort-

diskussion mittlerweile ein Jahr! In dieser Zeit hätte der Bau bereits begonnen sein können.

Die Position der BALL ist klar: Wir treten für den Bau der einer Kita in B-Plangebiet 72b an der Düsterlohe ein. Damit können am schnellsten fehlende Plätze geschaffen werden. Gleichzeitig halten wir es aber für notwendig eine weitere Kita zu planen,

denn insgesamt stehen zurzeit rund 130 Namen auf der Warteliste. Und so viele Plätze können weder in der Düsterlohe noch am Steinmoor allein geschaffen werden.

Anmerkung: Dies ist der Stand vor den Sitzungen des Bauausschusses und der Stadtvertretung, die diesen Punkt auf der Tagesordnung haben.

Klaus Kuberzig



nicht voran geht. Die überwiegende Antwort der Vertreter/innen von FWB, CDU, SPD und Grünen lautete: Wir sind von der rasanten Entwicklung überrascht worden.

Klaus Kuberzig von der BALL hielt dagegen, dass die hohe